



Die Stadtbau bietet Tausende Wohnungen. Ist bei der Bestellung des neuen Technischen Leiters alles mit rechten Dingen gelaufen?

Foto: Matthes

Heftiger Zoff um Stadtbaupersonalie

AFFÄRE Der neue Technische Leiter arbeitete bei einem Großspender, der OB Wolbergs unterstützte. CSU-Aufsichtsräte wollen den Posten erneut ausschreiben.

VON MARION KOLLER, MZ

REGENSBURG. Nach Informationen unserer Zeitung kam es am Mittwochabend in der nicht-öffentlichen Sitzung des Stadtbau-Aufsichtsrats zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Vertretern der CSU und der Koalition. Es ging um den neuen Technischen Leiter der hundertprozentigen Stadtochter, der am 1. August seine Stelle antreten wird. Diese Personalie ist im Zusammenhang mit den Wahlkampfspenden an OB Joachim Wolbergs umstritten. Der neue Technische Leiter der Stadtbau war bis Februar 2016 Geschäftsführer beim Bau-Team Tretzel.

CSU: Personalie ist „unzumutbar“

Schon im April berichtete das Wochenblatt, die Koalition habe sich bei der Postenvergabe auf besagten Mann geeinigt. Zu dem Zeitpunkt liefen jedoch bei der Stadtbau erst die Bewerbungsgespräche. Für Aufsehen hatte auch gesorgt, dass es zwei Bewerberinnen gab, die rein formal besser qualifiziert waren als der Tretzel-Mann, der schließlich das Rennen machte. Entschieden hatte ein Gremium mit OB Joachim Wolbergs, Norbert Hartl (SPD) und Erich Tahedl (CSU).

Das Immobilien-Unternehmen Bau-Team Tretzel gilt als einer der größten Spender im OB-

Aufsichtsrats- und Koalitionsmitglied Ludwig Artinger

Foto: Lex



DER AUFSICHTSRAT – DIE AFFÄRE

► **Der Stadtbau-Aufsichtsrat:** Dem Gremium gehören an: Vorsitzender Joachim Wolbergs, sein Stellvertreter Norbert Hartl (SPD) sowie die Stadträte Evelyn Kolbe-Stockert (SPD), Katja Vogel (SPD), Johann Renter (CSU), Christian Schlegl (CSU), Erich Tahedl (CSU), Margit Kunc (Grüne) und Ludwig Artinger (Freie Wähler).

► **Der Aufsichtsrat** überwacht unter anderem die Geschäftsführung und prüft den Jahresabschluss.

► **Die Stadtbau GmbH** mit ihren 82 Mitarbeitern betreut und vermietet 6743 Wohnungen. Jeder zehnte Regensburger lebt in einer Stadtbauwohnung. Die durchschnittliche Kaltmiete liegt bei 6,23 Euro/Quadratmeter.

Wahlkampf. Laut einem Anfangsverdacht der Staatsanwaltschaft wurden die Spenden zur Verschleierung in Beiträge unter 10 000 Euro gestückelt. Deshalb ist die Personalie nach CSU-Meinung „unzumutbar“.

Das Thema stand nicht auf der Tagesordnung, die CSU-Aufsichtsräte wollten es jedoch behandelt wissen. Der Aufsichtsrat solle den Einstellungsbeschluss aufheben, den Arbeitsvertrag des künftigen Technischen Leiters auflösen und das Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG als Sonderermittler einsetzen, forderten sie. Eine Kündigung vor Arbeitsantritt sei ohne Grund möglich. Die Stadtbau könne die Stelle neu ausschreiben. Dem Vernehmen nach stimmte Oberbürgermeister Joachim Wolbergs dem dritten Punkt zu, doch die Aufsichtsratsmitglieder seiner bun-

► **Chronologie der Affäre:** Am 14. Juni lassen Juristen die Bombe platzen. In der Mitteilung heißt es: „Vonseiten der Staatsanwaltschaft R wird gegen verschiedene Personen, so auch gegen Oberbürgermeister Joachim Wolbergs, im Zusammenhang mit Parteispenden ermittelt.“ Zuvor hatten 69 Kripobeamtinnen und sieben Staatsanwälte Privat- und Geschäftsräume durchsucht.

► **Der Verdacht** der Vorteilsannahme richtet sich gegen das Stadtoberhaupt, der der Vorteilsgewährung gegen drei Immobilienunternehmen.

► **Der OB erklärt,** er habe sich nie von Spenden beeinflussen lassen.

► **Hinweise,** dass Spenden über Strohmänner geflossen sind, verdichten sich.

ten Koalition schmetterten alle drei Forderungen ab.

OB Wolbergs sagt am Donnerstag auf Anfrage unserer Zeitung: „Mir war klar, dass das heute zu Ihnen kommt, das war ja Sinn der ganzen Inszenierung.“ Im Übrigen äußere er sich nicht zu einer nicht-öffentlichen Sitzung. Aufsichtsratsmitglied Ludwig Artinger (Freie Wähler) bestätigt die drei Forderungen, die Christian Schlegl vorgetragen habe, und stellt fest, er halte es schon für einen erstaunlichen Vorgang, dass die CSU vertrauliche Angelegenheiten politisch instrumentalisieren. Die Sitzung sei äußerst kontrovers verlaufen. Dass Schlegl die Auflösung des Vertrags vorgeschlagen habe, sei eine Vorverurteilung. „Er fordert, die Personalie rückgängig zu machen“, sagt Artinger. „Für jedermann, auch für den Technischen Leiter, gilt aber die Unschuldsvermutung.“

Auf die Frage unserer Zeitung, warum die Koalitionäre nicht wie OB Wolbergs der Untersuchung durch die KPMG zugestimmt hätten, antwortet Artinger: Es sei völlig sinnlos, neben der Staatsanwaltschaft noch ein anderes Gremium zu installieren, das nicht im entferntesten über deren

Untersuchungsmöglichkeiten verfüge. Die Akten und Dateien seien ja beschlagnahmt worden. „Wir haben volles Vertrauen in die Staatsanwaltschaft. Ein besseres, objektiveres Gremium gibt es nicht.“

Artinger: „Öffentliche Hetzjagd“

Da die Debatte hochkochte, habe er nachgefragt, ob überhaupt einer der Aufsichtsräte mit dem Technischen Leiter selbst gesprochen habe, sagt Artinger. Er könne sich vorstellen, dass dieser bei der „öffentlichen Hetzjagd der CSU“ sein Amt vielleicht gar nicht mehr antreten wolle. Vielleicht solle man mit dem Mann reden. Artinger betont: „Das war eine Art Vorschlag zur Güte.“ Der sei jedoch im Zank untergegangen. Stadtbau-Geschäftsführer Joachim Becker bestätigt, dass die Personalie diskutiert wurde. Über die Neueinstellung scheint er nicht glücklich zu sein: „Dies ist sicherlich eine Situation, die wir uns als Unternehmen nicht gewünscht haben, aber wir kommen da aus eigener Kraft nicht raus.“

Oberstaatsanwalt Dr. Markus Pfaller teilt am Donnerstag auf Anfrage unserer Zeitung zur Spendenaffäre mit: „Die Ermittlungen dauern an. Sie sind umfangreich und deshalb aufwendig. Es wurden schon viele Zeugen vernommen und Unterlagen gesichtet, aber wir sind noch nicht fertig.“ Ein Ende sei noch nicht absehbar. Alle Unterlagen müssten erst vollständig ausgewertet und alle in Betracht kommenden Zeugen vernommen werden, um eine endgültige strafrechtliche Bewertung vornehmen zu können. Am Kreis der Beschuldigten habe sich nichts verändert. „Nach wie vor sind der Oberbürgermeister und drei Unternehmer als Beschuldigte registriert“, sagt Pfaller.

Wie berichtet, hatte die Staatsanwaltschaft Mitte Juni ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Vorteilsannahme gegen OB Wolbergs und wegen Verdachts auf Vorteilsgewährung gegen drei Immobilienunternehmen, die spendeten, eingeleitet.